

VLG hat neue Köpfe

3

Drei neue Leute im Vorstand stärken breite Abstützung

VLG braucht Solidarität aller

4

Starke Gemeinden – seit der Gründung Hauptziel des VLG

VLG senkt Beitrag erneut

6

Die GV in Hochdorf befindet über tieferen Mitgliederbeitrag

Ursi Burkart-Merz, Bereichsleiterin Bildung und Kultur

«Schulstandort sein ist attraktiv»

In der Bildung prallen gegensätzliche Interessen aufeinander. Aber der Adigenswiler Gemeindepräsidentin Ursi Burkart gefällt ihre neue Aufgabe als Bereichsleiterin Bildung im VLG. Die gazette wollte von Ursi Burkart wissen, wo den Gemeinden der Schuh drückt und was der VLG zu aktuellen Themen sagt.

gazette Wie oft haben Sie Ihre Wahl als Bereichsleiterin Bildung schon bedauert?

Ursi Burkart: Keine Sekunde, warum auch?

Weil in keinem Bereich die Interessen so hart aufeinander prallen?

Das ist so. Oft scheint es unmöglich, qualitativ gute Bildung kostenbewusst zu realisieren. Sie hören aber richtig, es scheint so. Grosser

finanzieller Input heisst nicht automatisch grosser Bildungsoutput. Aber eines ist auch klar, Bildung ist nicht gratis.

Ist es nicht schwierig, als Gemeindepräsidentin den Bereich Bildung im VLG zu führen?

Zur Aufgabe als Gemeindepräsidentin gehört die Breite der Themen. Ich bin aber sehr dankbar, dass ich ausgebildete Sekundarlehrerin bin und als Schul-

leiterin arbeite. Ich weiss, wovon ich rede und worüber man mit mir redet. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Bildung sind vorwiegend Schulverwalter. Somit ist die Ergänzung perfekt.

Was stand bis jetzt auf der Traktandenliste Ihres Bereichs?

Weiterbildung für Schulverwalterinnen und -verwalter,



Lehrplan 21, Planungsbericht Kulturförderung, Berufsauftrag Volks- und Musikschullehrpersonen, Kostenteiler, Schulverwaltungssoftware, Schuldienste und weiteres.

Direkt gefragt: Ist das Verständnis für Bildung in den Gemeinden überhaupt vorhanden?

Davon bin ich sehr überzeugt. Für die Gemeinden ist es zudem sehr attraktiv, Schulstandort zu sein und sowieso will jede Gemeinde die beste Schule haben und hat sie sicher auch.

Was brennt den Gemeinden unter den Nägeln?

Einerseits die immer grösseren Kosten für die Bildung, obwohl die Schülerzahlen sinken. Andererseits die steten Neuerungen und Entwicklungen, die immer wieder Kostenfolgen generieren.

Wie empfinden Sie das Verhältnis Gemeinden/VLG und Kanton in der Bildung?

Meines Erachtens ist das Verhältnis sehr gut. Wir reden Klartext und setzen uns ein für eine zahlbare und gute Bildung. Wir haben einen regelmässigen Austausch mit dem Bildungsdepartement.

«Der VLG vertritt klar die Meinung, dass der Kanton bei den Volksschulen nicht nur einen Viertel der Kosten tragen soll.»

Schreibt der Kanton den Gemeinden in der Bildung zu viel vor?

Das höre ich immer wieder. Ich habe eine andere Meinung. Der Kanton darf und soll Grundsätzliches koordinieren, sonst macht jede Gemeinde, was sie für gut hält und das führt zu Wildwuchs. Aber der Kanton soll sich entsprechend an den Kosten beteiligen: Wer befiehlt, bezahlt.

Zu einigen Brennpunkten. Was sagt der VLG zu einem neuen Kostenteiler Kanton – Gemeinden in der Volksschule?

Der VLG vertritt klar die Meinung, dass der Kanton nicht nur einen Viertel der Kosten tragen soll. Das Ziel liegt bei fifty fifty.

Hand aufs Herz: Kommt das je?

Dafür müssen wir Gemeinden kämpfen. Ich erwarte, dass dies Schritt für Schritt realisiert werden kann. Zum Beispiel: Eine Freigabe von weiteren Tranchen des Projektes «Arbeitsplatz Schule» kommt für den VLG nur bei Kostenneutralität in Frage. Somit muss der Kostenteiler um mindestens fünf Prozent angepasst werden. Ansonsten bleibt das Projekt sistiert.

Warum sorgte die Schulverwaltungssoftware für rote Köpfe?

Im vergangenen Jahr kam das Projekt «neue Schulverwaltungssoftware» entscheidende Schritte weiter. Der VLG und der Bereich Bildung waren im Vor-

feld durch ein Mitglied der Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) vertreten. Diese Vertretung bewährte sich, ging es doch dabei in erster Linie um technische Fragen. Der politische Prozess geht weiter, noch sind ein paar schwerwiegende Unklarheiten vorhanden, die es zu klären gilt, bevor das sicher sinnvolle Projekt realisiert werden kann.

Wie stehen Sie zur Weiterentwicklung der Schuldienste?

Der VLG hat sich zu verschiedenen Punkten kritisch geäussert, weil sie zu Mehrkosten oder zu weniger Gemeindeautonomie führen könnten.

Was sagt der VLG zum Planungsbericht Kulturförderung?

Wir unterstützen die Stossrichtung. Auf der Landschaft sind noch Fragen zu klären. Die Gemeinden sollen keine zusätzlichen Ausgaben im Kulturbereich erhalten.

Was hält der VLG vom Lehrplan 21?

Der VLG teilt grundsätzlich die inhaltliche Ausrichtung wie Stärkung von Mathematik oder Deutsch. Wir verlangen aber eine kostenneutrale Umsetzung im Kanton Luzern. Der Lehrplan 21 darf in den Gemeinden keinen Kostenschub verursachen. Kritisch hinterfragen wir zwei Fremdsprachen in der Primarschule und den obligatorischen Schwimmunterricht.

3 Kandidaten für 3 frei werdende Sitze

Neu für den VLG-Vorstand vorgeschlagen



Rolf Born

Emmen, FDP
Gemeindepräsident, 80%
Lic. iur/Rechtsanwalt/Kantonsrat
Nominiert für den Bereich
Justiz, Sicherheit, Staatsorganisation

Was ist Ihre Motivation für die Tätigkeit im VLG-Vorstand?

Auf die Kritik am Verband folgt nun die Mitverantwortung und Mitwirkung. Die Gemeinde Emmen will einen konkreten Beitrag zur Stärkung des VLG leisten.

Was wollen Sie im VLG bzw. in Ihrem Ressort erreichen?

Der VLG muss den Gemeinden mit Vernehmlassungen und Dienstleistungen einen Mehrwert bieten und mit dem Kanton optimale Lösungen erarbeiten.

Braucht es den VLG mit allen Gemeinden?

Die Zusammenarbeit hat eine lange Tradition und es muss das Ziel sein, dass die neuen Strukturen auch künftig für alle Gemeinden Mehrwerte schaffen.



Oskar Mathis

Horw, SP/Linie 20
Gemeinderat, 75%
Dipl. Sozialpädagoge HF
Nominiert für den Bereich
Soziales und Gesundheit

Was ist Ihre Motivation für die Tätigkeit im VLG-Vorstand?

Ich finde es wichtig, dass alle politischen Kräfte der Exekutiven auch im Vorstand vertreten sind und möchte meine langjährige Bereichserfahrung einbringen.

Was wollen Sie im VLG bzw. in Ihrem Ressort erreichen?

Die konstruktive Zusammenarbeit der Sozialvorsteher mit den kantonalen Stellen soll weitergeführt und durch ein Sozialmonitoring effizient gesteuert werden.

Braucht es den VLG mit allen Gemeinden?

Er ist als breit anerkanntes Sprachrohr der Gemeinden gegenüber dem Kanton einzigartig. Zudem können wir bereichsspezifisch immer sehr schnell reagieren.



Fabian Peter

Inwil, FDP
Gemeindeammann, 53%
Dipl. Ing. FH/Unternehmer
Nominiert für den Bereich
Bau, Umwelt und Verkehr

Was ist Ihre Motivation für die Tätigkeit im VLG-Vorstand?

Das Wohl der Staatsebene «Gemeinde» liegt mir sehr am Herzen. Eine starke Vertretung unserer Gemeindegangelegenheiten ist mir wichtig.

Was wollen Sie im VLG bzw. in Ihrem Ressort erreichen?

Das revidierte RPG/PBG ist eine grosse Herausforderung für uns Gemeinden. Die gegenseitige Unterstützung und der Austausch führt zu qualitativ guten Lösungen.

Braucht es den VLG mit allen Gemeinden?

Für ausgewogene Lösungen brauchen wir eine gemeinsame Plattform für ALLE Gemeinden. Das müssen wir erhalten, denn nur so kann überhaupt ein Dialog stattfinden.

Ausrichtung des VLG

Gemeinden stärken – nicht schwächen

«Ein Bruderzwist nützt nie und nimmer der eigenen Familie», sagt Hans Luternauer, Präsident des Verbandes Luzerner Gemeinden. Das gilt auch für die grosse «Gemeinde-Familie». Deshalb ist es wichtig, dass die Gemeinden zusammenstehen, den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen und für ihre Anliegen eintreten.

Ein Blick in die Geschichte schadet nie. Er hilft, das Heute besser zu verstehen und sich neu auf die Zukunft auszurichten. Heilsam oder zumindest interessant ist der Blick in die Anfänge des Verbandes Luzerner Gemeinden VLG.

Jahrelange Aufbauarbeit

Dafür muss man ins Archiv steigen. Die Anfänge gehen auf Ende 80er Jahre zurück. Es war eine jahrelange Aufbauarbeit nötig, viele Diskussionen und Ausbalancierungen zwischen grossen und kleinen Gemeinden, städtischen und ländlichen Regionen, aber auch den vielen Behörden- und Fachverbänden. Mit der Projektorganisation «Luzerner Gemeinden mit Zukunft» wurde eine Plattform geschaffen, um diese Gespräche zu führen und ein Modell für einen Verband der Luzerner Gemeinden zu entwickeln.

Der frühere Gemeindepräsident von Littau, Carl Mugglin, war nicht mehr im Amt, sondern als Direktionspräsident der CKW tätig. Die damaligen Initianten einer gemeindlichen Interessenorganisation holten für diesen schwierigen Verständigungsprozess einen Externen. Offenbar zu Recht. Carl Mugglin hat im Dezember 1993 im Editorial der seinerzeitigen Publikation der Projektorganisation «Luzerner Gemeinden mit Zukunft» seine Motivation für dieses Amt umschrieben – und damit die Ziel-

setzung der ganzen Bemühungen treffend auf den Punkt gebracht: «Ich kann mich gut erinnern, dass wir im Gemeinderat Littau immer wieder die geringen Gestaltungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene bedauert haben. Ebenso häufig litten wir unter dem Diktat von Aufgaben, die wir ohne Mitbestimmung einfach auszuführen und zu be-rappen hatten.»

VLG konnte vieles verändern

Über 20 Jahre später stellt der heutige Verbandspräsident Hans Luternauer fest, dass es immer noch um die gleichen Anliegen geht. «Aber wir dürfen feststellen, dass wir heute in diesem Kanton an einem ganz anderen Ort stehen.» Das sei das Verdienst des Verbandes Luzerner Gemeinden und der Vorgängerorganisation, «weil es die Gemeinden in den letzten 20 Jahren verstanden haben, sich immer wieder auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen.» Es wäre deshalb tollkühn, wenn diese Errungenschaften aufs Spiel gesetzt würden und «wir Gemeinden uns selber schwächen.» Die Fabelwelt zeigt und die Geschichte lehrt, dass ein Bruderzwist nie der eigenen Familie nütze, sondern immer nur den Andern, wer immer auch das ist.

Kritik ernst nehmen

«Das heisst aber nicht, dass wir Kritik nicht ernst nehmen, wir haben die Pflicht und den Willen,

«Die Gemeinden haben es in den letzten 20 Jahren verstanden, sich immer wieder auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen.»

Hans Luternauer

uns ständig zu verbessern.» In diesem Sinn hat die Verbandsleitung die Kritik der Stadt und der Agglomerationsgemeinden verstanden, erkannt und aufgenommen. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die einerseits erste Massnahmen eingeleitet und andererseits die Grundlage geschaffen hat, damit der neu zusammengesetzte Vorstand diesen Prozess weiterverfolgen kann. Eine erste Konsequenz aus diesem Prozess ist der stärkere Einbezug der Stadt und der Agglomerationsgemeinden in den Vorstand (siehe linke Seite). Aber – über alles gesehen – betont Hans Luternauer, dass nicht Austritte oder Interessengruppen das Ziel sein kann, sondern die Stärkung der Gemeinden. «Dafür brauchen wir Konsens, Zusammenhalt und keine Austritte – und schon gar keinen Bruderzwist.»

Finanzpolitik

Steuerschere soll sich nicht weiter öffnen

Aufmerksam und kritisch verfolgt der Verband Luzerner Gemeinden VLG die finanzpolitische Entwicklung. Bei den Sparmassnahmen erwartet er keine Belastungen der Gemeinden. Durch die Anhebung des Maximalsteuerfusses gilt es zu verhindern, dass sich die Steuerschere weiter öffnet.

Armin Hartmann, Bereichsleiter Finanzen im VLG-Vorstand, ist nicht überrascht, dass die Regierung den Vorschlag macht, den Maximalsteuerfuss von 2.4 auf 2.6 Einheiten zu erhöhen. Bereits Ende 2012 habe sie eine Neufestsetzung in Aussicht gestellt. «Allerdings habe ich Verständnis für die Kritik aus den Gemeinden, wenn diese Grenze auf Gesuche angewendet wird, die vorher eingereicht worden sind.»

In der Sache selber plädiert Hartmann für eine differenzierte Sichtweise: «Zu viele Gemeinden erheben momentan einen Steuerfuss von 2.4 Einheiten.» Einige überlegen sich, diese virtuelle Grenze zu durchbrechen. Solange der Sonderbeitrag mit 2.4 Einheiten gesprochen werde, werde diese Grenze aber logischer-

weise nicht durchbrochen, auch wenn es eventuell notwendig wäre. «Damit entsteht ein Fehlreiz im Sinn des alten Finanzausgleichs.»

2.4 Einheiten genügen

Die Position des VLG bringt Hartmann so auf den Punkt: 2.4 Einheiten müssen grundsätzlich genügen, um die Aufgaben einer Gemeinde finanzieren zu können. Deshalb ist sauber zu analysieren, warum es soweit gekommen ist. Dabei spielen die neuen und ausgebauten Aufgaben der Gemeinden eine wesentliche Rolle. Der VLG hat im Rahmen der Analyse der Finanzreform darauf hingewiesen. Ziel müsse sein, dass der tragbare Steuerfuss mittelfristig auf 2.4 Einheiten gesenkt werden könne.

Sorge wegen Steuerschere

Armin Hartmann weist nicht von der Hand, dass die Steuerschere wachsen könnte. Allerdings mussten in den letzten Jahren auch Gemeinden mit tiefen Steuerfüssen Erhöhung bekannt geben. Ziel des Finanzausgleichs ist laut VLG-Sprecher Hartmann der Abbau der Steuerdisparitäten. Rahmenbedingung sei aber, dass die Anreize für eine eigene Entwicklung und den haushälterischen Umgang mit den eigenen Mitteln erhalten bleiben. «Ein möglicherweise zu tiefer Maximalsteuersatz steht dazu im Widerspruch.» Er macht ein Beispiel: Würde der Finanzausgleich für alle Gemeinden den gleichen Steuerfuss vorsehen, wäre die Steuerschere minimiert. Gleichzeitig wäre aber der Anreiz zum haushälterischen Umgang mit den eigenen Mitteln beseitigt. Alle Gemeinden würden viel mehr ausgeben und das System würde kollabieren.

Nicht zulasten der Gemeinden

Im Hinblick auf das kantonale Projekt «Leistungen und Strukturen II» wiederholt der VLG seine bisherige Position: Nicht auf dem Buckel der Gemeinden sparen! Im Gegenteil, sagt Armin Hartmann: «Wenn Kosten eingespart werden, an denen die Gemeinden mitzahlen (z. B. beim SEG) so sollen diese Einsparungen an die Gemeinden weitergegeben werden und nicht mit zusätzlichen Belastungen wieder kompensiert werden.»



Dem VLG ist es ein grosses Anliegen, dass sich die Steuerschere zwischen den Gemeinden nicht weiter öffnet.



GV VLG in Hochdorf

Die Generalversammlung des Verbandes Luzerner Gemeinden findet am Donnerstag, 27.3.2014, 17.00 Uhr, in Hochdorf (Aula Schulhaus Avanti) statt.

Im Rahmen des Jahresberichts und der präsidentialen Standortbestimmung wird VLG-Präsident Hans Luternauer über die Diskussionen und den Stand der Arbeiten für die Überprüfung der Ausrichtung des Verbandes orientieren. In diesem Zusammenhang gibt es «good news» für alle Gemeinden. Der Vorstand beantragt der Generalversammlung die Reduktion des Verbandsbeitrags. Konkret geht es um eine Reduktion des Mitgliederbeitrags um 15 Rappen pro Kopf der Bevölkerung auf neu 2.50 Franken. Das ist bereits die zweite Reduktion. Schon 2013 konnte die GV in Malters eine Senkung um 35 Rappen beschliessen.

Ein zweiter Schwerpunkt der GV in Hochdorf steht im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausrichtung des Verbandes. Drei Vorstandsmitglieder haben ihre Demission eingereicht:

- Erwin Arnold, Gemeinderat Buchrain, Bereichsleiter Soziales und Gesundheit
- Markus Hool, Gemeindepräsident Horw, Bereichsleiter Justiz, Sicherheit, Staatsorganisation
- Irene Keller, Gemeindeamtfrau Vitznau, Bereichsleiterin Bau, Umwelt und Verkehr

Die GV wird diesen drei Demissionären den verdienten Dank für ihren zum Teil viele Jahre umfassenden Einsatz aussprechen und die Nachfolger (siehe Seite 3) wählen. Geschätzt wird an der GV immer auch das Wort der Regierung. Dieses Jahr ist die Justiz-, Sicherheits- und Gemeindedirektorin – Regierungsrätin Yvonne Schärli – an der GV des VLG.

Beitrag K-ESR

Der Verband Luzerner Gemeinden VLG hat sich dafür eingesetzt, dass der Kanton einen Beitrag an die hohen Kosten für die Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes leistet. Erfreulicherweise hat die Regierung einen einmaligen Beitrag von 2.8 Millionen Franken bewilligt. 2 Millionen werden 2014 ausbezahlt, 0.4 Millionen 2015; 0.4 Millionen wurden bereits 2012 überwiesen. Damit ist das Thema K-ESR nicht vom Tisch. Der VLG verfolgt die Entwicklung mit etwelcher Besorgnis und wird sich im Rahmen einer Arbeitsgruppe intensiv und kritisch damit befassen.

Spitex-Nachwuchs

Der VLG unterstützt die neue Ausbildungsverpflichtung zur Förderung des Nachwuchses für Spitex und Pflegeheime. Der VLG empfiehlt den Gemeinden, Ausbildungsverbände zu prüfen, damit alle einen Beitrag zur Entschärfung des Pflegekräftemangels leisten. Dabei ist ein Bonus-Malus-System vorgesehen. Die administrative Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgabe wird von einer regierungsrätlichen Kommission überwacht, in der auch der VLG vertreten ist.

Regionalpolitik

Der VLG ist zusammen mit den Vertretungen der vier regionalen Entwicklungsträger (RET) an der Ausarbeitung des Planungsberichts zur Regionalpolitik beteiligt. Der VLG ist mit einer Person in der Projektsteuerung und mit vier Personen in der Projektgruppe vertreten. Auslöser für das berechtigte Überdenken der Regionalpolitik war ein Vorstoss im Kantonsrat.

Impressum

Herausgeber:

Verband Luzerner Gemeinden VLG
Postfach 3065, 6002 Luzern,
Tel. 041 368 58 10 info@vlg.ch

Ausgabe: gazette März 2014

Konzept/Texte/Redaktion: Ludwig Peyer/
Kurt Bischof

Fotos: zvg

Gestaltung/Produktion:

bischof | meier und co, Hochdorf

Druck: Meyer Rottal Druck AG, Ruswil

Auflage: 1000 Exemplare